

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896**

94 (22.4.1896) II. Blatt

Ausgabe: Wöchentlich zwei mal. Abonnementspreis: Vierteljährlich: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 60 Pf. Vorauszahlung.

# Badische Landeszeitung.

Anzeigengebühr: Die 10spaltige Kolonelle oder deren Raum 20 Pf., im Restantenteile 60 Pf. Bemerkungen: Unbenutzte Stellen sind aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche nicht berücksichtigt werden.

Nr. 94. II. Blatt.

Karlsruhe, Mittwoch, den 22. April, 1896

1896

## Badischer Landtag. Karlsruhe, 21. April.

80. öffentliche Sitzung der 2. Kammer. Am Regierungstag: Staatsminister Hoff, Geh. Rat Krennberger, Geh. Oberregierungsrat Decherer, Ministerialrat Braun. Präsident Schneider eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Eingeklungen ist seitens des Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten eine Vorlage, betr. einen Staatsvertrag zwischen Baden und Hessen. Der Vertrag, datiert vom 8. April, betrifft die Errichtung einer Bahn von Weinheim nach Humbergheim. Die Einzelheiten des Budgets des Unterrichtsministeriums wird fortgesetzt. Die Einzelberatung des Budgets der erweiterten Volksschulen. Die Real- und die in kleinen Städten nicht eingerichtet werden können, erhalten Staatszuschüsse. Man möge behufs der kleinen Landstädte eine staatliche Beihilfe geben, damit sie erweiterte Volksschulen mit Realteilungen einrichten können. Auch die Beiträge für Schulhausbauten sollten erhöht werden. Verweist auf andere Stellen.

Staatsminister Hoff: Die Lössen für die erweiterten Volksschulen sind nicht Sache des Staats. Wollte man Beiträge geben, so müsste vielschalt § 94 des Elementarunterrichtsgesetzes geprüft werden. Die Sache solle ernstlich geprüft werden. Die Erhöhung der Beiträge für Schulhausbauten werde erfolgen, wenn man Mittel finde. Abg. Dreßbach (Soz.) kommt auf die Mannheimer Lehrervereinigungen zurück. Eine Erklärung der Lehrer habe protokolllärlich festgestellt, daß der Rektoratsverweiger bezüglich der mangelhaften Heizung der Friedrichsschule wider besseres Wissen die Unwahrscheinlichkeit gelagert habe. Der Kreislehrer habe dann das Verhalten der Lehrer gemißbilligt, die jedoch an dem Oberlehrer einen Bericht verlangt hätten. Der Oberlehrer aber habe der Gesamtlehrerversammlung wegen Uebertretung des Anhangens eines Kollektivbeschlusses (Heiterkeit) die Lehrer seien abgelehnt, da sie im Bürgerausschuß beleidigt worden seien. Die Lehrer seien abgelehnt worden. Die Mehrheit der Mannheimer Bürgerausschuß habe das ganze Verfahren gegen die Lehrer gemißbilligt. Auch die Art und Weise der Verlegungen im ganzen Lande ausgeführt worden. Die Lehrer seien als minderwertig in den einzelnen Klassen in Mannheim zu groß. Der Kreislehrer hätte den Sparmaßnahmen des Stadtrats gegenüber das Gesetz vertrieben. Auch über die Ausdehnung der Kombinationsklassen, die der Kreislehrer ebenfalls empfohlen habe, werde in Mannheim lebhaft gefaselt. Eine Stadt, die wie Mannheim 250.000 M. fürs Schulwesen aufbringe, sollte am Notwendigen für die Schule nicht sparen. Unter dem neuen Stadtschulrat ist allerdings die Einschränkung der Kombinationsklassen und die Anstellung weiterer Lehrer beschlossen worden. Die Beschwerden der Mannheimer Lehrer richten sich nicht gegen die ersten Lehrer, sondern nur gegen 2 erste Lehrer, die in der Sache der Heizung der Friedrichsschule einen Unvorsatz geschrieben hätten.

Geh. Rat Krennberger: Die Mannheimer Schulverhältnisse seien ironisch genug. Ein Teil der Lehrer habe gegen die Schulkommission eine Stellung eingenommen, die nicht richtig war, möge die Schuld wo immer gelegen haben. Es seien Entlassungsveranstaltungen abgehalten und in der Presse Erklärungen erfolgt mit Minderwertigkeit abgelehnt worden unter Schwärmungen von Kollegen. So ungeschickt, wie der Vorstand der hiesigen Lehrervereinigung, seien die Lehrer nicht gehalten. Sie hätten wegen standesbewußten Benehmens die Rüge erhalten. Volksschulräte sind jetzt Beamte. Er habe noch niemals gehört, daß Volksschulräte geklagt hätten. Er hoffe, daß unter der vorliegenden Vorlage der jetzigen Stadtschulräte die Verhältnisse in Mannheim sich bessern werden. Es gehe nicht, daß wenn einer einmal nach Mannheim gekommen ist, daß er da die länderliche Anstellung erlangt. Die unzulässigen Lehrer müssen zur Verfügung stehen. Es liegt im eigenen Interesse der Lehrer, irgendwo in länderliche Verhältnisse zu kommen. Dabei habe man sich bemüht, ihnen die Verlegung möglichst leicht zu machen. Die Verlegungen erfolgten nach Emsheim, Heidelberg, Baden, Bad. Kirchheim, Humbergheim u. s. f. Er müsse mit Entschiedenheit betonen, daß die Verlegung als Strafe erfolgt sei. „Wenn wir die Ueberezeugung hätten, die Lehrer können nicht in Mannheim zur Anstellung kommen, so war es unsere Pflicht, deren Zukunft in andere Wohnen zu lenken.“ Es sei richtig, daß bezüglich der Schülerzahl und der Lehrerzahl das Elementarunterrichtsgesetz nicht genau zur Anwendung komme. Das sei wegen der Budgetverhältnisse auch gar nicht möglich.

Abg. Strauß (nat.-lib.) schließt sich den Wünschen Straubs an. Was die Verlegungen betreffe, so wolle man nicht nur an die Unterlehrer in der Stadt, sondern auch an die Lehrer auf dem Lande denken. Die Stadt Mannheim habe für Schulhausbauten Aufwendungen gemacht, wie vielschalt keine Stadt der Welt. Sei es denn ein so großer Verlust der Stadtverwaltung, wenn eines Tages in der Friedrichsschule unter Drogen von Schulkindern die Heiserkeit durch mangelhafte Heizung? Daraus habe ein sozialdemokratisches und ein demokratisches Wort einen großen öffentlichen Skandal gemacht. In der Konferenz habe Redner den Schreibern aus Herz gelegt, was sie sich selbst und der Öffentlichkeit schuldig sind. Und er habe ihnen auch gesagt, was er von den Entlassungsveranstaltungen halte. Die Kombination des ersten und zweiten Schuljahres ist pädagogisch richtig. Die Kinder von 6 und 7 Jahren hätten dann statt 27 Stunden immer noch 21. Man müsse der unigen geistigen Entwicklung des Kindes auch noch Raum lassen. Im Heidelberger habe sich auch die Kombination im 3. Schuljahr behauptet. Im Fall der Not könne man die Kombination, das habe er weiter gesagt, vortibergehend auch auf 4. Schuljahr ausdehnen. Dreßbach wolle auf das Protokoll, das sei aber doch keine absolute Gewähr. Er sei erst, daß man solche Schulprotokolle in der ganzen Welt kopieriere. Dreßbachs Behauptung, man habe die Lehrer vor dem ganzen Land als minderwertig angesehen, sei nur Ornament. Die verlegten Lehrer seien gar nicht geschicklich. Es gehe doch nicht, daß man Dreßbach frage, wenn man zum Hauptlehrer zu machen habe.

Abg. Wender (Dem.) teilt mit, daß er in großen Ganzen den Standpunkt Dreßbachs teile. Betreffend den „Mannh. Anzeiger“ gegen den Wornitz Strauß's. Es sei charakteristisch für unsere Zustände, daß man nicht frage, was in dem Artikel steht, sondern wer ihn geschrieben habe. Wenn man sehe, wie das Ministerium des Innern, das man dem Oberlehrer in dieser Beziehung als Muster vorstellen könne, seine Leute halte, so könnte man glauben, beim Oberlehrer sei das Gegenteil der Fall. Dort scheine man zu glauben, daß der Lehrer von vornherein Unrecht habe. Nehmliche Fälle wie der Mannheimer seien in Konstanz vorgekommen. Er wolle femer, ohne heute eine Debatte zu provozieren, kurz an St. Roman erinnern, wo dem Lehrer sogar das Erheben einer Bedenklage verboten worden. Redner weist femer auf die literarische Bede Wölling-Deber hin. Ein Lehrer habe ihm geradezu gesagt, man dürfe mit seiner Beklemmung über einen Vorgesetzten an den Oberlehrer kommen. Es sei sehr bedauerlich, wenn solche Ansichten zur Geltung kämen.

Abg. Dreßbach (Soz.) leistet bei seinem Standpunkt. Der frühere Rektoratsverweiger werde sich wegen maßloser Bedenklage der Lehrer zu verantworten haben und die Nationalliberalen hätten ihn angefordert, seine Ehrenstellen niederzulegen. Redner sehe auch in einer gewissen Verbindung mit der Presse und könne versichern, daß die betr. Artikel nicht von Lehrern herrühren. Strauß werde die Schule seines Jorns über die Mannheimer Lehrer deshalb so richtig ausgefallen haben, weil die Vertrauensadresse für ihn von 170 Lehrern noch kein Duzend unterschrieben habe.

Abg. Hug (Chr.): Strauß's Wunsch betr. die erweiterten Volksschulen sei mit gewissen Einschränkungen nicht ohne Berechtigung. Auch für die Zuschüsse zu den Schulhausbauten ist Redner. Wenn Strauß indessen auf andere Staaten exemplifiziert habe, so glaube er, daß man mit dem Herausgreifen einzelner Stellen aus andern Budgets vorichtig sein müsse.

Abg. Schuler (Chr.): Die Anschauung dürfe nicht um sich greifen, daß wenn einer als tüchtiger Lehrer gelten wolle, er früher oder später in die Stadt müsse. Gerade auf dem Lande seien tüchtige Lehrer notwendig. Bei den Fortbildungsschulen sollten die Anforderungen des Lebensgangs besonders berücksichtigt werden. Die Veranschaulichung der Kinder in der Kirche durch den Lehrer müsse abhört stattfinden. Im Farmersbachtal bellagen sich die Bauern, daß die Kinder nicht einmal recht fricken und ficken lernen.

Abg. Widenz (nat.-lib.): Die bedauerlichen Zustände seien darauf zurückzuführen, daß in den Verhältnissen der Unterlehrer in den letzten Jahren

eine zu große Stabilität eingetreten sei. Es sei klar, daß Unterlehrer, die 7 bis 8 Jahre in einer Stadt waren, glauben, sie hätten ein gewisses Anrecht, eine Hauptlehrstelle in der Stadt zu bekommen. Man sollte mit der Verlegung nicht warten, bis ein Unterlehrer bei Belegung einer Hauptlehrstelle einmal übergegangen ist. Frägt, wie es mit dem Gehaltentwurf, betr. bessere Fürsorge für schwachsinigige Schullinder stehe. Redner würde es bedauern, wenn die Sache wieder ausgehen würde.

Staatsminister Hoff: Die Verlegung könne dem nächsten Landtag eine Vorlage zu machen. Auch den nicht volljährigen Kindern müsse die mögliche Ausbildung gegeben werden. Jede Lebensversicherung des Staates koste Geld und man müsse für die betr. Kinder eine Anstalt haben. Die Wahl und Größe dieser Anstalt hänge von den Ergebnissen ab, welche die schwebenden Ermittlungen über die Zahl der Kinder zulasse fördere.

Abg. Eder (Dem.) wünscht die Verlegung einer Lehrerin in Brühl, die Streit mit Lehrern gehabt habe. Lehrereinnern, die alt seien und nicht mehr auf der Höhe der Zeit ständen (Heiterkeit), sollten durch Lehrer ersetzt werden.

Geh. Rat Krennberger: Die betr. Lehrerin habe einen Beweis erhalten, ebenso aber auch ein Lehrer, weil er gegen die Lehrerin handgreiflich geworden. (Heiterkeit.) Es sei jetzt ein Unstadium über den Geistesstand der Lehrerin eingetreten. Die betr. Hauptlehrerin sei etatmäßig angestellt, könne also nicht von einem Tag zum andern verlegt werden.

Abg. Heygoldt (nat.-lib.): Der Oberlehrer habe nur die Urkunden für die Anstellung der Lehrer in Mannheim auszustellen. Vorwürfe wären also von Dreßbach an den Stadtrat zu richten. Bei der Anstellung seien auch Unterlehrer in Mannheim berücksichtigt worden. Die Lehrerschaft des ganzen Landes wünsche, daß die Verlegung nicht nur mit den städtischen Unterlehrern erfolge. Daß ein Artikel über die Heizung in der Zeitung erschienen sei, beanhalte er nicht, aber die Lehrer hätten die Sache anders angesehen. Ein Protokoll sei in der Presse veröffentlicht worden und nun habe man von allen Seiten wie der Teufel auf den Reitoratsverweiger losgeschlagen. (Heiterkeit.) Es sei nicht richtig, daß die „Kollektivbeschlüsse“ von Oberlehrern erteilt worden sei, ohne daß dieser sich mit der Sache befaßt habe. Die Zustände in Mannheim seien gar nicht so heillos, wie man daran sehe, daß als er bei einem Lehrer angefragt habe, ob er Bedenken hätte, eine gute Stelle auf dem Lande anzunehmen, weil er verbeirathet sei, sofort ein Kollege im Landtag den Auftrag erhalten habe, den „Fall“ hier zur Sprache zu bringen. Bezüglich der Ausdehnung der Kombinationsklassen sei Redner der Ansicht Dreßbach's. Was die Vertrauensadresse an Strauß betreffe, so hätte die Lehrer nur aus dem Anlaß, um den es sich handelte, nicht unterschrieben und wegen der Art und Weise, weil es ansah, als ob ein Wegewandert gegen die Lehrer geschaffen werden sollte. Eine Anzahl von Lehrern sei bei Redner erschienen und habe erklärt, daß die Lehrer die große Dogauchung der Strauß hätten und bei jedem anderen Anlaß gerne unterschrieben haben würden.

Abg. Strauß (nat.-lib.): Er habe in der Konferenz erklärt, daß er keine Adresse wolle und die Unterstellung Dreßbach's müsse er mit aller Entschiedenheit zurückweisen, daß er wegen der Adresse eine Animosität gegen die Lehrer empfinde.

Abg. Frank (nat.-lib.): Man könne sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Lehrer in Mannheim zu weit gegangen seien. Die Wohnung von Widenz, daß man die Unterlehrer nicht so lange auf einer Stelle in der Stadt lasse, sei berechtigt. Ein Unterlehrer, der 4 Jahre in der Stadt sei, werde sich auf dem Lande gar nicht mehr fühlen. Redner erklärt, daß wie im allgemeinen alle Urtheile habe, mit unserer Volksschule und unserem Volksschulunterrichte zufrieden zu sein. Die Anregungen Strauß's haben ihn sehr gefreut.

Abg. Strauß (nat.-lib.) behauptet, daß Hug sein Wohlwollen eingeschränkt habe und widerlegt die einzelnen Argumente des Redners. Staatsminister Hoff: Er habe sich gefreut, daß der Abg. Frank die Wichtigkeit unseres Lehrerstandes so sehr anerkannt habe. Er konnte für die Wichtigkeit dieses Lehrerstandes, daß im Jahr 1895-1896 1729 Volksschullehrer geprüft wurden, wobei 91,6 Proz. die Noten von sehr gut bis ziemlich gut erhielten, 7,7 Proz. die Note hinlänglich, 0,7 Proz. die Note ungenügend. Das sei ein sehr befriedigendes Ergebnis.

Vertretersatter Fieser: Was die Mannheimer Angelegenheit betr. so sei es ganz anfassend, daß wenn die Temperatur in den Schuljahren nur 6 oder 7 Grad betrug, die Lehrer nicht das Einfachste und Natürlichste thaten, nämlich den Reitoratsverweiger benachrichtigen, und daß man nicht den Unterricht aussetze. Dann wäre die ganze Geschichte vermieden worden. Das Verfahren des Oberlehrers sei korrekt und human gewesen. Die Lehrer hätten sich nicht an die Presse und an den Stadtrat, sondern an den Kreislehrer zu wenden. Auch hätten sie keine „Konferenz“ abgehalten — eine Konferenz sei es übrigens nicht gewesen, das sei etwas antichristlich. Eines aber vermisse er am Oberlehrer, daß er nicht einen Spezialkommissar nach Mannheim geschickt habe. In Disziplinarfragen sei Redner, das werde er auch bei dem Fall von St. Roman zeigen, der Ansicht, daß mit der formalen Verlegung der Sache gar nichts getan sei, sondern daß auch materiell erledigt werden müsse. Die Anregung von Widenz verdiene die allergoßte Berücksichtigung. Redner äußert sich noch über die Anstalt für die nicht volljährigen Kinder und gibt seinen Entschluß darüber kund, daß der Budgetpräsident Hug betreffs der Anregung Strauß's zu Gunsten der erweiterten Volksschulen in keinem Landstadium sofort getrennt habe. Genauer habe er sich in dieser ganzen Debatte die Frage der Ausbildung der Fortbildungsschulen nicht berührt worden ist. Unsere einfachen Volksschulen seien Halbtagsschulen und man könne sie auf dem Lande nicht in Tageschulen umwandeln. Deshalb müsse man die Fortbildungsschulen auf dem schon beschrittenen Weg weiter fortbilden. Man müsse die Fortbildungsschulen umwandeln in gewerbliche Schulen, wobei je nach der Individualität der einzelnen Gemeinden das Handwerk oder die Landwirtschaft bestimmend sein müsse. Dann aber müsse der Schulweg ganz anders organisiert werden, wenn man nicht einen Schlag in's Wasser thun wolle. Im Sommer seien die jungen Leute für die Feldarbeit notwendig, aber im Winter lasse sich der Schulweg auch für die Woche einrichten.

Der Titel Volksschulwesen wird im Ordinarium angenommen. Beim a. o. Etat weist

Abg. Heis (Soz.), daß bei dem Neubau des Gymnasiums in Mannheim thymisch die Mannheimer Geschäftleute berücksichtigt werden möchten.

Geh. Oberreg.-Rat Decherer äußert sich entgegenkommend. Es sei erst die Grab- und Mauerarbeit vergeben.

Bei der Pol. „Mindererziehungsanstalt Humbergheim“ erklärt Abg. Fieser, daß niemand die Mannheimer Kommissarien für den schlechten Zustand des Gebäudes verantwortlich gemacht habe.

Abg. Vant (Chr.) bemerkt zu Hof. 30, daß die künftigen Ausführungen des Regierungsdirektors über die Rezipienten ihn süchtig gemacht hätten. Mindestens 4 hätten schon zum 2. mal Stipendien erhalten. Ein Hiesiger sei extra aufgefordert worden, sich zum 2. mal zu melden. Ferner sei einer gegen die Bestimmung zugelassen worden, daß die Teilnehmer sich guter Gesundheit erfreuen sollen. Der Betr. habe aber nicht einmal sein Dupikat versehen können.

Staatsminister Hoff: In dem einen Punkt sei er der Thäter. Der Betreffende, der die Reise zum 2. mal mache, habe die Resultate der ersten Expedition mit großer Auszeichnung verwertet und die zweite Expedition sei eine Ergänzung der ersten. Aus diesem Budget seien übrigens nur 3500 M. für die Reise genommen. Einen Teil der Mittel habe der Großherzog zur Verfügung gestellt und ein weiterer werde aus Stiftungen genommen. Bezüglich des andern Falles habe Geh. Rat Wäumer erklärt, daß die Reise dem betr. Manne keine Schäden, sondern volle Genesung bringen werde.

Abg. Wäumer (Chr.): Es sei ihm sogar berichtet worden, daß ein Stipendiat selbst zum drittenmal berücksichtigt worden sei. (Staatsminister Hoff: Nein!) Dann nehme er das zurück. Der einzig richtige und gerechte Standpunkt sei der, daß so lange nicht alle berücksichtigt sind, eine wiederholte Verlegung nicht stattfinden dürfe. Eventuell sei Redner bereit, für eine größere Summe zu stimmen.

Staatsminister Hoff ist über letztere Ansicht sehr erfreut. Man treffe die Auswahl mit der größten Genauigkeit und Gerechtigkeit, allein es habe nicht jeder den gleichen Beruf, eine solche Reise mitzumachen.

Vertretersatter Fieser bemerkt, daß Hof. 30 nicht nur für alle künftige Biologen bewilligt sei. Die Summe sei auch nicht zur Ausbildung von Spezialisten da. Auch die anderen Professoren der Mittelschulen seien berechtigt, an dieser Wohlthat teilzunehmen. Die Bemerkungen Strauß's und Wäumer's seien sehr berechtigt.

Staatsminister Hoff: Er teile die Anschauung, daß die Positionen nicht nur für klassische Biologen sind. So werde es auch gehandhabt, wie die Entsendungen von Gelehrten nach Jena und nach Nürnberg an das germanische Museum beweisen. Wer alte Geschäfte traktiere, werde mit Nutzen die Expedition nach den klassischen Ländern mitmachen.

Hof. 30 Jiffer a und b werden einstimmig angenommen und ebenso der Rest des außerordentlichen Etats genehmigt. Um 1 1/2 Uhr trägt der Präsident, ob eine Abend Sitzung gehalten werden soll.

Die Abg. Fieser und der Präsident bemerken, daß doch am 7. Tag das Unterrichtsministerium vollends zu Ende beraten werden sollte. Abg. Wäumer ist auch für die Abend Sitzung, kommt aber auf seine Wünsche betr. die Beschleunigung der Behandlung der Anträge aus dem Hause zurück.

Präsident Schneider: Er habe die Sitzungen seit einer Woche stets um 1 Uhr beendet, so daß Zeit für die von Wäumer gewünschten Kommissionsitzungen gewesen wäre. Nach einer Anzahl weiterer Bemerkungen von verschiedenen Abg., erklärt Abg. Heiler (Zentr.) persönlich, daß zwischen den Verhandlungen der Herren Köhler und Fieser kein Widerspruch bestehe, wie eine gefällige Konferenz in Gegenwart der Bürgermeister ergeben habe. Fieser habe zu, die betr. Verhandlung gethan zu haben, mit der Einschränkung, daß er das nur auf den Berichtsunterricht bezogen habe. Um 1 1/2 Uhr wird die Sitzung auf 5 Uhr vertagt.

## Eine Landwirtschaftsdebatte.

Wie vor 2 Jahren, so hat sich auch am vorigen Freitag in der 1. Kammer gezeigt, daß diese doch nicht so absolut frei von den politischen Anschauungen ist, wie es sich nach den objektiven abgeklärten Debatten vermuten läßt. Vor 2 Jahren nahmen bei der Landwirtschaftsdebatte, wie sich viele Leser unserer Zeitung noch erinnern werden, namentlich die Mitglieder Geh. Hofrat Meyer und Geh. Hofrat Kämmerlin gegenüber dem Herren Hofr. Kamm und Hofr. Franz v. Bodmann den entschiedenen liberalen Standpunkt ein. Ein wenig nach Parteipolitik schied auch die Sitzung vom vorigen Freitag. Bei dem Punkte 11 des Budgets des Ministeriums des Innern gaben Graf E. v. Helldorf und Hofr. v. Söler den Wunsch zu erkennen, daß das Schulhaus in Scheibhardt und das Rettungshaus in Heiterstheim auf konfessioneller Grundlage eingerichtet werden möchten. Beide Redner versprachen sich hiervon eine größere Wirkung als von einer gemischten Erziehung. Wir sehen also, daß auch in Baden der Wunsch nach Konfessionserziehung vorhanden ist; wenn er sich auch nicht in Bezug auf die Volksschule äußert, so ist es doch derselbe Geist, wie in preussischen Abgeordnetenhaus, der die Debatte entfachte und belebte. Wir meinen sogar, daß man hier noch weiter gehe. In den beiden Anstalten, die hier in Frage kommen, sind die Zöglinge meist jugend dem unreifen Kindesalter bereits entwachsen. Erfolgreich ist es daher, daß Herr Geh. Hofrat Meyer gegenüber dem Herausgehen der konservativen Anschauung den liberalen Standpunkt mit Entschiedenheit vertrat und insbesondere auf die segensreiche Wirksamkeit konfessioneller Mischung für das praktische Leben hinwies.

Im Uebrigen bot die Debatte von vorigen Freitag interessante Momente über die Agrarfrage. Freiherr v. Söler fand, daß die Verhältnissstatistik des Finanzministeriums doch vielleicht etwas zu niedrig gegriffen sei, wenn sie auf 17 Proz. der Landwirtschaftsbetriebe ausgerechnet sei. Aber auch so schon sei sie, rein zahlenmäßig betrachtet, doch genug. Dem ungefähr 36 Proz. also mehr als 1/3 der Ackerfläche sei verschuldet. Diese Anschauung gegenüber vertrat Freiherr Franz v. Bodmann die Meinung, daß die Ziffer des Finanzministeriums doch den Thatfachen entspreche. Darin waren die Redner des Tages, die Herren Freiherr von Söler und Ferdinand und Franz von Bodmann, Kommerzienrat Scipio und Geh. Hofr. Meyer einig, daß die Hauptlast der landwirtschaftlichen Kollage in der Möglichkeit und Erleichterung der Entschuldung gesucht werden müsse. Wie sehr diese einem bestehenden Bedürfnis entspricht, zeigte Kommerzienrat Scipio, der darauf hinwies, daß bei den seit dem Annuitätenabkommen für die Landwirtschaft von der Rheinische Kreditbank beanspruchten Darlehen in Höhe von 1.008.000 M., 827.000 M. Annuitäten darlehen sind, während nur 136.000 M. einen anderen Charakter haben. Jedoch funktioniere der Apparat noch nicht gut, weil die Sparkassen, die ebenfalls die Annuitäten ausgeben, in deren Berechnung noch nicht eingerechnet seien. Die Rheinische Kreditbank habe sich dabei erboten, sie durch ihre Rathemaiter auszurechnen zu lassen. Mehrere der Redner waren der Meinung, daß die Errichtung einer staatlichen Kulturrentenbank wünschenswert sei und das Kredit- und Entschuldungswesen der Landwirtschaft fördern könne. Es wird daher beantragt, daß die 2. Kammer das Mittel zur Ermöglichung einer Entschuldung die 20.000 M. für die Annuitäten-lasse, gestrichen habe. Interessant sind in dieser Beziehung die Ausführungen des Freiherrn Ferd. v. Bodmann.

Derselbe behauptet, daß die 2. Kammer das einzige Mittel, welches die Großh. Regierung vorgeschlagen habe, um zu einer radikalen Entschuldung des landwirtschaftlichen Besitzes zu gelangen, habe ablehnen können, obgleich es sich nur um eine Bagatellsumme gehandelt habe. Redner kann sich des Gedankens nicht erwehren, daß hier ein Mißverständnis vorliege und deshalb sei zu bedauern, daß die Erste Kammer nicht in der Lage sei, eine Veränderung zu bewirken. Der Abzahlungsmodus durch Annuitäten müsse tiefer in das Bewußtsein der Bauern hineingetragen werden, sie müßten belehrt werden, daß man Schulden, die man mache, auch abtragen müsse, namentlich sollte es dort geschehen, wo das Auerbeuerecht bestehe. Wo man dem Auerbeuerecht einen Vorteil gewähre, da sollten die Schulden, die durch die Gleichstellungsgelder gemacht werden müßten, durch Amortisation unter Zahlensamen der Lebensversicherung abgetragen werden. Deshalb sei Redner auch für die Schaffung einer Landestreditkassa. Die Rheinische Hypothekendarbank, mit der die Großh. Regierung einen Vertrag abgeschlossen habe, erfülle diesen getreulich und sei gerade bemächtigt, die Annuitäten darlehen in's Volk einzuführen und in Verbindung mit der Lebensversicherung. Die Landescredittkassa werde aber billiger arbeiten können und mehr Vertrauen genießen, als die Hypothekendarbank. — Es sei auch, so fährt er bei dieser Gelegenheit fort, der Antrag Kamm's in die Debatte geworfen worden. Wenn Redner auch nicht so weit gehen wollte, ihn, wie es schon geschehen ist, als gemeinverständlich zu bezeichnen, so sei er doch immerhin gefährlich und, von allen Seiten abgesehen, sollte man nicht mehr zu dessen Verteidigung auftreten. — Ein sehr beachtenswertes Moment in der Debatte des Finanzministeriums sei es, daß diejenigen Bezirke, welche zwar selbst getreidebauende, aber nicht ausschließlich auf eine Kultur angewiesen seien, in ihren Verschuldungsverhältnissen besser daständen, als die übrigen. — Redner spricht der Großh. Regierung seinen warmen Dank und seine Anerkennung aus für ihre Liberalität in der Unterstufung der Landwirtschaft und empfiehlt nach der Debatte der Kreditverhältnisse die Zusammenfassung der zerstückelten Kräfte in Genossenschaften. Davon werde es abhängig sein, ob die Landwirtschaft die Krise, in der sie sich gegenwärtig befindet, überwinden werde. Eine Einigkeit zwischen landwirtschaftlichen Vereinen und Bauernvereinen sei sehr zu wünschen, denn durch diese Spaltung würden die landwirtschaftlichen Interessen sehr gefährdet.

Den Einfluß einer Regierungsbeihilfe schilderte Franz v. Bodmann in dem Hinweis auf die Hebung der Rindviehzucht, die auch vom Kom.-Rat Scipio anerkannt wurde. Im Uebrigen waren sämtliche Mitglieder der 1. Kammer, die zu dieser Frage sprachen, darin einig, daß die Notlage der Landwirtschaft durch zeitgemäße Aenderung des Betriebs und Anschluß an die Markterhältnisse beseitigt werden müsse. Hofr. v. Söler empfahl das Aufgeben der Dreifelderwirtschaft und Uebergang zur Wechsellkultur. Kom.-Rat Scipio sprach sich für härteren Anbau von Hafer und Gerste, Rüben und Gemüse aus. Auch

äußerte er sich dahin, daß die Ertragsverhältnisse der Wissenschaft, die sich bei dem Zuderrückenbau so bewährt haben, und die Vorkenntnisse der landwirtschaftlichen Bevölkerung rascher zugänglich gemacht werden, damit Anbau und Absatz der Produkte sich zeitensprechend ändern. Der Ministerpräsident Geh. Rat Eisenlohr, der sich sehr entgegenkommend äußert, spricht zunächst der Kammer über die Ausführungen in der Generaldebatte über den Titel „Landwirtschaft“ und über die Anerkennung des Vorgehens der Regierung namens derselben seinen Dank aus und bemerkt, daß sich die Großh. Regierung noch nicht mit dem Antrage Rönig amlisch zu befaßen gehabt habe, und daß es voraussichtlich auch nicht mehr dazu kommen werde. Dann fährt Redner fort:

Die Abweisung der Einsetzung einer Kommission zur Annullierung des landwirtschaftlichen Kreises für den Gedanken einer Schuldenamortisation zu gewinnen versucht werden müsse. Wenn sich die hohe zweite Kammer für den Grundgedanken der Amortisation ausgesprochen hätte, so hätte das im ganzen Lande einen guten Eindruck hervorgerufen. Redner erklärt sich einverstanden mit der Erweiterung des landwirtschaftlichen Unterrichts und bemerkt, auf die Vorteile des Genußbaues habe die Großh. Regierung immer hingewiesen, doch sei ihm (Redner) unbekannt, warum die Bemühungen der Erniedrigung der Frachtsätze auf frisches Gemüse nicht erfolgreich gewesen seien. Für Getreideabgab-Genossenschaften habe die Großh. Regierung keine Mittel im Budget vorgezogen, weil für kleine Unternehmungen genügende Mittel zur Unterhaltung derselben vorhanden seien, aber große Eros bei untern Verhältnissen weniger vorteilhaft erschienen seien. Redner habe die Kindviehversicherung nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Der Grund hierfür sei Mißtrauen und mangelnder Gemeinnutz: von 1500 Gemeinden hätten nur etwa 120 von dem Gesetze Gebrauch gemacht. Es komme deshalb in Frage, ob die Zwangsversicherung zulässig sei oder nicht, doch sei diese Frage noch nicht freigelegt. Auch Redner äußert den Wunsch, daß der Bauernverein nur die Interessen der Landwirtschaft zu fördern suche und gegenüber der Regierung und deren Beamten eine freundlichere Haltung einnehmen möge. Damit schloß die Generaldebatte über Tit. 16, „Landwirtschaft“, und es folgte die Einzelberatung der Paragraphen. Dabei wurden verschiedene Anträge eingebracht.

Herr Ferdinand v. Bodman dankt der Großh. Regierung für die unentgeltliche Abgabe des „Landwirtschaftlichen Wochenblatts“ an Vereinsmitglieder.

Kommernrat Scipio erludt die Großh. Regierung, durch die Landwirtschafts-Berufsanwalt ein Gutachten darüber anarbeiten zu lassen, ob der badische gelbde Hefer geringerer Qualität sei, als der von der Militärverwaltung verlangte weiße Hefer.

Ministerpräsident Geh. Rat Eisenlohr erklärt darauf, daß die sonst sehr entgegenkommende Militärverwaltung — wegen ungenügender Witterungsverhältnisse in Baden sei die letzte Hofzereme schlechter ausgefallen, als in den Nachbarländern — die Vorschriften verschiedener badischer Produzenten hätte beaufstanden müssen. Der Antrag des Redners werde inoffen gerne entgegengekommen werden.

Herr v. Bodman meint, bei der Position Viehversicherung, niedere Prämien seien nur durch eine allgemeine Kindviehversicherung zu erreichen, weshalb auf eine Zwangsversicherung hingearbeitet werden müsse. Redner fragt noch an, wie es mit der Schlachtviehversicherung in der Provinz stehe, worauf

Geh. Rat Eisenlohr erwiderte, daß in dieser Beziehung die Durchführung des Gesetzes eine sehr schwierige sei, weshalb sich die geplante Revision des Gesetzes auch auf diese Frage sich zu erstrecken haben werde.

Herr v. Bodman äußert die Ansicht, daß die Abweisung gegen die Zwangsversicherung sich bald in freundliche Zustimmung verwandeln werde.

Herr Ferdinand v. Bodman bemerkt noch zu §§ 9 und 16 des außerordentlichen Etats, daß bei Prämierungen solche Kälder, die von einer Annullation kommen, besonders berücksichtigt werden, und dankt der Großh. Regierung für die energische Hilfe, die sie im Jahre der Futternot der Landwirtschaft geleistet habe.

Wir glauben, daß dieses lebhafteste Interesse, welches der Landwirtschaft von bescheiden Männern und der Großh. Regierung entgegengebracht wird, auf weite Kreise eine beruhigende Wirkung ausüben muß: äußert sich diese dahin, daß die Bauernbevölkerung nicht jedem abenteuerlichen Vorschlag (Antrag Rönig, Bimetallismus) nachläßt, so hat die lange Debatte vom vorigen Freitag gute Früchte getragen.

### Aus dem Großherzogtum.

Die Nr. 17 des Verordnungsblattes der Generaldirektion der Großh. badischen Staatseisenbahnen vom 18. April hat folgendes Inhalt: Allgemeine Verfügungen: Organisation des Eisenbahnbetriebsdienstes. — Sonstige Bekanntmachungen: Kunstausstellung im Konversationshaus zu Baden-Baden. Mannheimer Waimarkt. Beförderung von Dienstfähigen. Sommerfahrplan der Bodensee-Dampfschiffe. Darstellung des Personenverkehrs an den Pfingstfeiertagen. Fahrpreisermäßigung. Verzeichnis der anlässlich der Verkehrsstörungen über fremde Linien für gültig erklärten Fahrkarten etc. Deutsch-italienischer Güterverkehr. Güterbeförderung im südwestdeutschen Verbands. Aufhebung der französischen Zollabfertigungsstelle Andun-le-Roman. Transport von 12 m langen Schienen. Leihwagen. Fehlen eines Sacklakens. Neuauflage des Verzeichnisses der Post- und Telegraphenanstalten im im Deutschen Reich. Betriebsstörungen und Mitteilungen.

Im Militärarchivblatt vom 21. März d. J. findet sich folgende Ernennung: Wegger, pensionierter Wachtmeister, bisher im 2. bad. Drag. Reg. Nr. 21, der Charakter als Sekondlieutenant verliehen.

Forzheim, 18. April. Der Eng- u. Pflanzgärtner Sängers erkrankt sehr schwer und verstarb am 28. und 29. Juni. Der Festpräsident, Herr Maschinenfabrikant Traub in Weissenstein, stellt dem Verband seine große Maschinenhalle, sowie das Terrain zum Festplatz unentgeltlich zur Verfügung.

Nastatt, 20. April. Am 23. April feiert zu Heidelberg der in Karlsruhe im Jahr 1813 geborene Hr. Postdirektor a. D. Karl Weg mit seiner Gattin das selbte Fest der goldenen Hochzeit. Der Jubilar stand früher lange Jahre hindurch an der Spitze des hiesigen Postamtes. — Ein höchst beklagenswerter Unglücksfall hat sich gestern Nachmittag zugetragen. Einige junge Leute suchten sich in der Nähe der Friedhofsecke die Zeit durch Scheibenschießen mit dem Revolver zu vertreiben. Der 23-jährige Sohn des Glasermeisters Ant. Schneider schaute in das Rohr des Revolvers, der verlagert hatte; in demselben Augenblick entlud sich der Revolver, das Geschloß drang dem jungen Mann durch das rechte Auge in den Kopf und die schwere Verwundung führte abends halb 7 Uhr den Tod herbei. (N. Wbl.)

Baden, 19. April. Die Anregung, welche Kommerzrath Schneider in der Karlsruher Kreisversammlung gab, nach welcher die Vereinigung der beiden Kreise Karlsruhe und Baden zweckmäßig und erwünscht wäre, ist hier auf ganz bedeutenden Widerspruch gestoßen. Ganz abgesehen davon, daß eine Vereinigung nur auf dem Wege der Gesetzgebung möglich wäre, würde sich in der badischen Kreisversammlung auch nicht ein Mann finden, der einer solchen Vorlage an die Regierung das Wort sprechen würde, weil die Zentralisation den Interessen beider Kreise zumverlaufen würde. Die Interessen der einzelnen Teile oder Bezirke des Kreises würden sich nicht mehr begegnen, sie würden sich infolge der zu großen Ausdehnung des kombinierten Kreises von einander entfernen. Der Kreis v. Baden zählt rund 137 000 Einwohner und umfaßt 1045 □ Kilometer, der Kreis Karlsruhe 308 000 Einwohner und 1527 □ Kilometer, beide Kreise zusammen 445 000 Einwohner und 2572 □ Kilometer. Einer solchen Bevölkerungsgröße und Ausdehnung läme kein anderer Kreis des Landes gleich. Würde man denn nicht auch an die Zusammenlegung anderer Kreise, wie z. B. Mannheim und Heidelberg, denken, welche zusammen rund 309 000 Einwohner zählen und 1436 □ Kilometer umfassen und damit dem jetzigen Kreis Karlsruhe in der Bevölkerungszahl und Flächenausdehnung gleichkämen? oder ist die Vereinigung der beiden Kreise v. Baden und Karlsruhe nach dem berühmten Muster der Zusammenlegung der beiden Handelskammern Baden und Karlsruhe gemeint? Wie dem auch sei, nach unserer Ansicht kämen die Vorteile und segensreichen Wirkungen, die jeder der beiden Kreise bisher erzielte, bei einer Vereinigung in mancher Beziehung in Frage. Das liegt aber nicht in dem Wunsche der Regierung, nicht in den Bestrebungen der Kreisverbände und durchaus nicht im Interesse unserer Bevölkerung.

2. Baden, 18. April. Der Bürgerausschuß wird sich in seiner Ende d. Mts. stattfindenden Sitzung über die Frage wegen Errichtung einer Kläranlage für die Kanalisation der hiesigen Stadt beschäftigen. Der Antrag des Stadtrates geht dahin, der Bürgerausschuß wolle die Errichtung einer solchen Anlage nach Maßgabe des von dem Ingenieur Wilhelm Nolte in Gärten ausgearbeiteten und vom Stadtrat angenommenen Projekts mit einem Kostenaufwand von rund 204 000 M. und die Ausführung verschiedener Zubehörenden zur Kläranlage mit einem Kostenaufwand von 56 000 M. genehmigen. In dem Voranschlag für das Projekt der Kanalisation war früher für die Kläranlage nur die Summe von 100 000 M. vorgezogen. Es war dieses nur eine fürsorgliche Maßregel, eine genaue Feststellung des erforderlichen Aufwandes mußte eingehenden Untersuchungen und Verhandlungen vorbehalten bleiben. Es wurde darauf hingearbeitet, ein Projekt zu schaffen, welches dem Stand der heutigen Technik und Hygiene auf dem Gebiet der Reinigung und Unschädlichmachung flüssiger Abwässer gerecht wird, den Anforderungen der staatlichen Verwaltungs-, technischen und Medizinalbehörden Genüge leistet, die Interessen derjenigen, welche das Wasser des Losbaches unterhalb der Einmündung zu gewerblichen, landwirtschaftlichen und ähnlichen Zwecken benötigen, sowie aller derjenigen, welche in der Nähe der Kläranlage oder der Einmündungsstelle Privateigentum besitzen, in gehöriger Weise wahrnimmt und schützt und endlich den Ruf unserer Bäder- und Fremdenstadt hinsichtlich ihrer Leistungen in der öffentlichen Gesundheitspflege zu heben und zu befestigen im Stande ist. Es werden durch die Anlage der Kanalisation große Anforderungen gestellt, allein die Stadt Baden darf nach Durchführung auf ein solches Ziel stolz sein.

Reutshheim, 17. April. Seit einiger Zeit wird im Rhein ein Stör bemerkt, welcher sich um laichen, bis in unsere Gegend verirrt hat. Derselbe hält sich zeitweise in einem Altwasser des Rheines auf, dem eine Kiesbank vorgelagert ist. Er hat eine beträchtliche Länge. Die Fischer hoffen, trotz der Mißerfolge ihrer bisherigen Verjude, denselben einzufangen. Es handelt sich hier dem Anschein nach um ein Exemplar des gemeinen Störs, welcher bis 6, meistens nur 2 Meter lang wird und die Nord- und Ostsee bewohnt. Manche werden sich erinnern, daß vor ca. 15 Jahren ein ähnlicher Fisch im Rheine gefangen und zur Schau ausgestellt worden ist. (N. Wbl.)

Aus Baden, 20. April. Königheim. Zum Bürgermeister wurde Zimmermann Landwirt Josef Seig gewählt. — Rosbach. Bei einer Schlägerei unter den Meuten in Sulzbach wurde der Militärpflichtige Joseph Raier schwer verwundet, ebenso Emil Ungerer. — Gernsbach. Mißhändler Kerich, welcher wegen Verhaftung der Brandstiftung verhaftet wurde, ist wieder auf freiem Fuß. — Büchelshausen. Bürgermeister Kneumann wurde wiedergewählt. — Weinhelm. In dem Steinbrüche von Hesel und Wilhelm kam es beim Anwärmen von Dynamit zu einer Explosion, wodurch der Schmelz Johann Meyer von Hohenhausen schredliche Verletzungen erhielt, welchen der Unglückliche erlegen ist. Der Verunglückte ist 35 Jahre alt und hinterläßt eine Frau mit einem Kinde. — Doffenheim. Im Porphyrebrüche der Brüder Fezerung droht im Gemeinwohl, etwa 50 Meter von der Bruchgrenze, der Berg abzustürzen. Es zeigen sich Risse bis zu etwa 50 Ctm. Breite. Das ganze Terrain, darunter ein für die Gemeinde wichtiger Weg, ist abgekipert. — Oberwiesheim. Gemeindevater C. Sch., ein Württemberger, ist mit seiner Familie durchgebrannt. — Altsch. Der Feuerwehverein begeht am 7. Juni d. J. sein 25-jähriges Stiftungsfest.

### Beitritt der Gastwirte zu den Handelskammern.

Der Verein Schwarzwälder Gastwirte hat bekanntlich seinerzeit an das Großh. Ministerium des Innern eine Eingabe gerichtet, worin gebeten wird, daß die Stellung der Gastwirte zum Handelsgesetzbuch in anderer, ihrer geschäftlichen Bedeutung besser entsprechender Weise geregelt werde. Speziell war die Regierung ersucht worden, auf Grund des Absatzes 3 des Art. 10 des Handelsgesetzbuches landesgesetzlich zu bestimmen, daß den Inhabern größerer Wirtschaften volle Kaufmannsqualität, also das Wahlrecht zur Handelskammer, Firmen- und Prokurenrecht zuerkannt werde. — Die vor Kurzem hierauf erfolgte Antwort ist sehr günstig ausgefallen. Außer dem Ministerium des Innern hat sich auch dasjenige der Justiz mit der Sache beschäftigt und beide haben das Verlangen der Gastwirte rückfällig als berechtigt anerkannt. Wenn die Regierung es auch abgelehnt hat, im Augenblick gesetzgeberisch vorzugehen, so geschah dies doch nur im Hinblick auf das im Werden begriffene bürgerliche Gesetzbuch und die damit im Zusammenhang stehende Revision des Handelsgesetzbuches. In der Entscheidung heißt es nützlich:

„Die (abzulehnende) Entscheidung wird damit begründet, daß die bevorstehende Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches eine Umänderung des Handelsgesetzbuches zur Folge haben werde und daß, soweit bekannt, für diesen Anlaß auch eine Abänderung des Art. 10 des Handelsgesetzbuches insofern in Aussicht genommen sei, als künftig die Rechte nicht mehr allgemein als sogenannte Rinderkaufleute behandelt werden sollen, bezüglich derselben vielmehr nur noch die Scheidung zwischen Groß- und Kleinbetrieb für ihre Unterstellung unter die für Kaufleute geltenden Bestimmungen maßgebend sein soll. Damit wird den Wünschen des Wirtschaftsvereins voll entsprochen werden, und das Justizministerium, das im übrigen das vorliegende Verlangen gleich und als berechtigt anerkennt, glaubt mit Rücksicht hierauf, daß es nicht zweckmäßig sein werde, dieser im Wege der Reichsgesetzgebung erfolgenden Regelung noch auf wenige Jahre durch ein Landesgesetz vorzugreifen.“

### Aus der Residenz.

Karlsruhe, 21. April.

— Auszeichnung. Wie uns nachträglich von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, wurde Herr Hoftheatermaler Wolf am letzten Samstag nach der Aufführung der „Zauberflöte“ in die Großh. Hofloge befohlen, wo sich der Kaiser längere Zeit mit ihm in huldvollster Weise unterhielt. Der Monarch betonte hierbei große Sicherheit im Urteil und eine beachtenswerte Vertrautheit mit den technischen Erfordernissen. Nachdem die Großh. Herrschaften auf die anerkannte Thätigkeit des Herrn Wolf hingewiesen, bemerkte der Kaiser, daß er der Berliner Ausstellung der „Zauberflöte“ alles Lob zollen könne, aber er müsse doch nicht vergessen, daß Karlsruhe der Vorrang gebühre. Wir freuen uns über diese wohlverdiente Auszeichnung, die dem jungen und freudigen Künstler zu teil wurde, umso mehr, als diese Ernennung von hoher Stelle sicherlich zur weiteren Entfaltung des Talentes beitragen wird.

— Jubiläum. Herr Kanzleisassistent Georg Ahmus, welcher im Jahre 1846 Soldat wurde und seit 1864 bei der Großh. Ministerium des Innern beamtet ist, feierte am 20. d. Mts. das Jubiläum einer 50jährigen Dienstzeit. An diesem seinem Ehrentage wurden ihm vielseitige Auszeichnungen zu teil, der Präsident des Großh. Ministeriums des Innern, Eisenlohr, sandte ihm ein sehr huldvolles Schreiben, welches den Dienstleistungen des Jubilars volle Anerkennung zollt; von den Beamten genannten Ministeriums, vom Ausschusse des Leib-Grenadier-Bereichs und zahlreichen Freunden und Bekannten wurden dem noch körperlich kräftigen und geistesfrischen Manne Geschenke und Gratulationen übersandt. Möge es ihm noch lange vergönnt sein, auf eine so lange und erprobte Thätigkeit in Gesundheit zurückblicken zu können. (Karlsruh. Ztg.)

— Reichshalletheater. Sonntag Abend fand bei gut beleuchtetem Hause eine Aufführung des ungarischen Volksstückes „Rosa Sandoz“ statt und fand lebhaften Beifall. Herr Donato war an diesem Abend die Seele des Ganzen. Ihm würdig standen zur Seite Herr Koller, welcher sich als guter Sänger einführte und Herr Feilischer. Fein. Feilischer gab die Anika mit vieler Wärme. Herr D. Haipé als „Unser Haniel“ erregte allgemeine Heiterkeit. — Für Mittwoch Abend ist die Operette „Singvögelchen“ und der Schwank „Ralsgell“ angelegt.

— Kleine Chronik. In einem unverschlossenen Handschuh in der Kronenstraße wurde am 18. d. Mts. ein Handtuch aus Goldhaufen aus einem Korb ein Padet Fendestoff im Wert von 3,74 M. entwendet. — Ein Photograph aus der Kapellenstraße, welcher sich in der verlassenen Nacht in der Bahnhofsstraße unanständig benahm, die Wirtschaftsbewachung störte und mehrmaliger Aufforderung zum Verlassen des Lokals keine Folge leistete,

mußte mit Gewalt entfernt werden und hat sich wegen Hausfriedensbruchs zu verantworten. — Aus einem unverschlossenen Korb in der Waldhornstraße wurde am 14. d. Mts. ein Anzug, Hut und Schuhe zum Nachteil eines Tagelöhners entwendet. Der Dieb wurde in der Person eines Tagelöhners aus Wörth, welcher den Anzug um 4 M. bei einem Flandbeizer in der Jähringerstraße verlehrt hatte, ermittelt und heute verhaftet.

### Rechtspflege.

\*(Tagesordnung der Strafkammer I des Großh. Landgerichts Karlsruhe.) Freitag, 24. April, vormittags 9 Uhr: A. S. gegen Heinrich Hoffmann von Unterlimpen wegen Diebstahls. — A. S. gegen Friedrich Böß von hier wegen Urkundenfälschung und Betrugs. — A. S. gegen Jakob Kraus von hier wegen Betrugs gegen § 180 St.-G. — A. S. gegen Sebastian Demmerich aus Durmerheim wegen Urkundenfälschung und Betrugs. — A. S. gegen Margaretha Ernst, geb. Umbauer aus Erbach wegen Sachbeschädigung. — A. S. gegen Jakob Serbay aus Berour wegen fahrlässiger Körperverletzung. — A. S. gegen Theodor Raier aus Weitenung wegen Hausfriedensbruchs und Widerstands.

### Abonnement

auf die 2mal täglich erscheinende  
**Bad. Landeszeitung** 1M. 70Pf.  
mit wöchentlich 2maligem Unterhaltungsblatt  
für die Monate Mai und Juni 1896

### Stimmen aus dem Publikum.

○ Schallstadt, 19. April. In Nr. 77 Ihres geschätzten Blattes vom 31. März d. J. findet sich eine Entgegnung, betitelt: „Zur Bahnhofsfrage Wolfenweiler.“ Der richtige Titel wäre gewesen: „Zur Bahnhofsfrage Ebringen.“ Der Herr Korrespondent hat sich veranlaßt, alle Gründe für eine Bahnhofsverlegung auf die Nebelung ins Treffen zu führen. Hört man aber selbst Bürger von Wolfenweiler über diese Angelegenheit reden, so erhebt man aus ihren Urteilen, daß sie ganz genau wissen, woher der Wind weht und daß die Bahnhofsverlegung eben nur wenigen Bürgern oder gar nur einem zu statten kommt. Der Herr Korrespondent meint, die am Bestande des bisherigen Bahnhofs interessierten Gemeinden seien nur durch eine energische Agitation dahin gebracht worden, sich der Petition von Schallstadt anzuschließen. Damit stellt er diesen Gemeinden ein sehr ungünstiges Zeugnis aus; in diesen Gemeinden sind doch gewiß ebenso helle Köpfe zu finden, als innerhalb der Wangenigen Wolfenweilers, Männer, die ihre Interessen zu verteidigen wissen. Die parteifürsorge des Herrn Korrespondenten erstreckt sich aber nicht nur auf die entfernten Gemeinden, vielmehr sucht er auch seine Hand über Schallstadt und seine Einwohner auszustrecken, damit sie alle des Glüdes einer Errichtung des Nebelbahnhofs teilhaftig werden. Die Einwohner Schallstadts werden sich zweifelsohne für die Forderung des Herrn Korrespondenten von Wolfenweiler bedanken mit dem Bemerkens: „Gott bewahre mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden will ich mich selbst schützen.“ Jedemfalls ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Die Petition von Schallstadt hat wenigstens das eine Gute, daß ihre Angaben im Lichte der Wahrheit bestehen können, da sie statisch festgestellt sind. Das Uebrige überlassen wir gestroht den maßgebenden Faktoren.

### Verschiedenes.

Personalien. Berlin, 21. April. Geheimer Oberpostsekretär Wittke, vortragender Rat im Reichspostamt, ist zum Direktor im Reichspostamt ernannt worden. — Wien, 21. April. Baron Moriz von Hirsch ist heute früh 2 1/2 Uhr auf seinem Gute bei Komorn in Ungarn gestorben. — Paris, 21. April. Léon Say ist heute früh 2 1/2 Uhr gestorben. Geboren im Jahre 1826, wohnete sich Jean Baptiste Léon Say nach Beendigung der Studien berufenen Laufbahn, auf welcher man in Frankreich zu Rang und Einfluß gelangt: dem Journalismus. Nach dem Tode seines Schwiegervaters Berlin übernahm er einen Teil der Leitung des „Journal des Débats“. Später war er Direktor der Nordbahn, eine Beamtenstellung, die ihn nicht abhielt, in verschiedenen Zeitungen die Finanzpolitik des zweiten Kaiserreichs zu bekämpfen. Im Jahre 1871 zum Mitglied der Nationalversammlung gewählt, trat er nach Kurzem als Senatspräsident in den Staatsdienst ein. Hier fiel ihm hauptsächlich die Aufgabe zu, die Pariser Finanzen in Ordnung zu bringen. Say war in mehreren Kabinetten Finanzminister. Seit 1876 gehörte er dem Senat an. — Madrid, 21. April. Das Befinden des Ministerpräsidenten Canovas del Castillo ist besser. Derselbe magte gestern einen kurzen Spaziergang im Garten seiner Wohnung.

Baden-Baden, 18. April. (Internationale Ausstellung und Wettstreit für Hygiene, Volksernährung, Armeeverpflanzung, Sport und Fremdenverkehr in Verbindung mit einer Spezialausstellung für badisches Kunstgewerbe.) Das Komitee dieser in August und September d. J. stattfindenden Ausstellung hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die bisher als Spezialausstellung betrachtete Abteilung für Sport und Fremdenverkehr auch dem internationalen Wettstreit zugänglich zu machen und infolge mehrseitig lautgewordener Wünsche eine Spezialausstellung für badisches Kunstgewerbe damit zu verbinden. Dieser Beschluß ist um so lohnhafter zu begrüßen, als dadurch dem badischen, speziell aber dem Schwarzwälder Kunstgewerbe Gelegenheit geboten wird, in der Hochsaison unserer Bäderstadt ihre neuesten Erzeugnisse dem in diese Zeit selbst aus der ganzen Welt zusammenströmenden, hierfür besonders in Betracht kommenden Publikum vorzuführen und so zur Hebung und Förderung und weiteren Bekanntwerden des heimischen Kunstgewerbes beizutragen. Es ist daher nur zu wünschen, daß sich die heimischen Kunstgewerbetreibenden recht zahlreich an dieser Ausstellung beteiligen.

Eisenbahn-Vonere. Am 19. Mai d. J. wird das 1. Bataillon des Eisenbahn-Regiments Nr. 1 in Berlin die Feier seines 25-jährigen Bestehens begehen. Es ist dies der Tag, an welchem im Jahre 1871 durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre die Eisenbahntroop überhaupit ins Leben gerufen wurde. Mit dem erwähnten Stiftungsfest soll eine Erinnerungsfeier für alle diejenigen verbunden werden, welche den in den Feldzügen 1866 und 1870/71 aufgestellten gewesenen Feld-Eisenbahn-Abteilungen angehöret oder sonst in dienstlichen Beziehungen zu denselben gestanden haben.

Alt-Berlin auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896. Gleich in den ersten Tagen der Ausstellung fällt das große Fest der Kunstakademie mit zur Feier des 200-jährigen Bestehens der Kunstakademie. Weit über die ursprünglichen Pläne hinaus wird es sich zu einem Fest von künstlerischer Gestaltung auszuwachsen, wie es Berlin noch nie gesehen. Der großartige Festzug, welcher dem Festspiel im Theater und den Volksbelustigungen in Alt-Berlin vorausgehen wird, entwickelt sich auf dem Ausstellungsgelände selbst. Vertreter aller Schwesternstädte in Deutschland und der befreundeten Hochschulen, von denen zahlreiche Deputationen bereits angemeldet sind, werden in einer Art Blumenkorso den imposanten Zug eröffnen, dem sich dann zunächst Herolde, Musikkapellen, Fahnenträger u. s. w. anschließen werden. Der eigentliche Festzug zerfällt in 7 Gruppen; jede Gruppe hat einen großen allegorischen Festwagen, auf welchem erste Künstlerinnen auch die der Hofbühnen bei der Verleibung der Idealgestalten mitwirken werden. An diesem Festzuge sind mehr als tausend Personen beteiligt, nur ein Teil von ihnen wird in dem Festspiel im Theater mitwirken können, alle aber sind bei dem großen Volksfest in Alt-Berlin dann beteiligt.

Röln, 21. April. Der geistliche Abendzug zwischen Dülden und Daun ist entgleist. Drei Beamte des Zugpersonals wurden verlehrt.



### Groß. Badische Staats-Eisenbahnen.

Die Lieferung und Aufstellung einer neuen Eisenkonstruktion für die Brücke bei km 11,1 oberhalb Einsheim der Bahn von Heidesheim nach Jagstfeld, sowie die künftige Übernahme der alten Konstruktion, soll im Etat der nächsten Angebots vergeben werden.

Das Gewicht der neuen Konstruktion beträgt an Schmiedeeisen 6860 kg. an Gußeisen 840 kg.

Die alte Konstruktion wiegt ungefähr 5730 kg.

Rechnung, Zeichnung und Kostenschätzung für die neue Konstruktion liegen auf dem Geschäftszimmer des Unterzeichneten, Rohrbacherstraße 63, zur Einsicht aus.

Angebote, abgesehen auf 100 kg neuer und alter Konstruktion sind längstens bis Samstag den 2. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr, an der einzureichen.

Die Zuschlagsfrist beträgt 14 Tage.

Schiedsrichter, den 17. April 1896.

Der Groß. Bahnbauinspektor I.

### Arbeits-Vergebung.

Die Lieferung einer Uhr nebst 2 Glocken für das Gymnasiumgebäude Wertheim soll vergeben werden. Lusttragende Bewerber wollen ihr Angebot mit der Aufschrift „Uhrlieferung für das Gymnasium Wertheim“ bis zum 2. Mai d. J. bei unterfertigter Stelle portofrei einreichen, wo auch die näheren Bedingungen mit Zeichnung bezogen werden können.

Die Aufschlagfrist beträgt 3 Wochen.

Wertheim, den 15. April 1896.

Groß. Bezirksbauinspektion.

### Straßenbauarbeiten.

Aur Wiederherstellung einer 60 m langen und 4 m hohen Stützmauer an der Kreisstraße Nr. 10 von Schenkenzell nach Reinerhan bei km 1,5 vergeben wir im Auftrag des Kreisbauinspektors die Arbeiten im Erdmündungsbereich. Angebote sind auf Einzelanfrage pro Kubikmeter Fundamentbeton und hydraulisches Mörtelmauerwerk längstens bis zum 29. d. M. bei uns einzureichen.

Der Vergütungsvorschlag und die Bedingungen können bei Straßenmeister Gys in Wertheim, sowie auf diesseitigem Geschäftszimmer eingesehen werden.

Offenburg, den 17. April 1896.

Groß. Wasser- und Straßenbauinspektion. 1849.2.1

### Geschäftshaus.

In einem vortheilhaften Stadttheil des bad. Oberlandes (am Marktplatz) ist ein zweistöckiges Geschäftshaus mit Laden, Einfahrt, gefasst, voll u. Magazin etc., worin seit Jahren ein Manufakturwarengeschäft betrieben, zu verkaufen. Da es am Platz eines Güterverkehrs mangelt, so wäre das Objekt auch zum Betrieb eines solchen Geschäftes geeignet. Preis 12 000 Mark. Sachverständige sind zuzuziehen. Auskunft durch Hch. Schanz in Freiburg i. B., Bartholomäusstraße 43.

### Nächster Zeit Ziehungen

- Frankfurter Pferde Loose 1 Mt.
  - Weimar Loose 1 "
  - Mannheimer Mainart 1 "
  - Reichs-Dombau-Lose 3,30 "
  - Barmhüder Pferdemarkt-Lose 1 "
  - Marienburger Pferde Loose 1 "
  - Stuttgarter Pferde Loose 1 "
  - Stuttgarter Gemüdelose 1 "
- Gegen andere Loose spätere Ziehungen empficht.

### Gliedkassette Sebastian Münich, Karlsruhe, Girschstraße 12.

### Suche Landgut

arrendirt, komplett inventarisiert. Alle Schätzung sehr mein gut rent. Grundst. wenig belastet und in guter Lage von Frankfurt a. Main. Offerten u. R. 1502 an Oaafenstein & Bogler, N. O. Frankfurt a. M. 1891.4.2

### Lebensversicherung

1032-10 Bei einer der angesehensten deutschen Gesellschaften in der gut dotierte Inspektorenposition für das Großherzogtum Baden zu besetzen. Reflektanten, welche befähigt sind, in den besten Gesellschaften sich geschäftlich zu bewegen, wie Disziplinarbeamte, Lehrer etc., Kandidaten d. p. b. besonders solche, welche bereits als Agenten mit Erfolg thätig waren, wollen Off. u. O 895 an Oaafenstein & Bogler, N. O. Karlsruhe, einleiten.

### Inspector-Gesuch

1636.74 Eine erste deutsche Lebens- u. Unfall- u. Versicherungs-Gesellschaft sucht für Baden einen thätigen Inspector unter günstigen Bedingungen. Bewerber, die womöglich schon im Versicherungsgeschäft thätig waren, bitten Off. an A. 1432 an Oaafenstein & Bogler, Mannheim, einzureichen.

### Zu kaufen gesucht ein Landgut

in Württemberg oder Baden mit Herrschaftshaus arrendirt, Größe ca. 200 Morgen wünschlich auch Wald. Gef. Offerten unter Chiffre A. 109 an Rudolf Hoffe (Thomas Bud), Hlm a. B. 1848.1

Stellung für Jedermann im „Südd. Stellen-Samm.“ Nürnberg. Kostenl. Anfr. off. Stell. N. 1730.43

### Badische Weiß- und Rothweine

garantirt echt liefert

Man verlange Preislisten

Gehr. Weinstammung

Bestellung an alle badischen Weinhandlungen

Man verlange Preislisten

### (Alt)katholische Gemeinde zu Köln. Aufruf.

In Köln hat die (alt)katholische Gemeinde seit 24 Jahren den Beweis geliefert, daß sie ihren katolischen Glauben, das kostbare Erbe der Väter, treu und rein zu bewahren vermochte gegen die Vergewaltigung, welche die Kirche Jesu Christi hier auf Erden am 18. Juli 1870 erlitten hat. Die Kölner Gemeinde verdankt ihr Entweichen dem Mute des Gewissens und ihr Bestehen allein geliebt durch den Glaubens- und Opfermut ihrer Mitglieder. Ohne Staats-Unterstützung, aus eigener Kraft, drückt sie ihre bedeutenden Gemeindegewinne und Cultus-Bedürfnisse. Bis her haben zwei Kirchen zur Verfügung: die Rathskirche und die St. Pantaleonskirche. Es ist aber selbstverständlich, daß dieser Zustand nur ein vorübergehender, kein andauernder oder endgültiger sein kann. Der Kirchenvorstand hat deshalb, teils eigener Anregung folgend, teils einem lauten Verlangen aus der Gemeinde entgehend, den Bau einer eigenen Kirche beschließen, um der Gemeinde für alle Zukunft den festen, sicheren Mittelpunkt zu geben.

Größe dieser Kirche ist nötig, und wir sind uns wohl bewußt, daß wir, um das heilig ersehnte Ziel zu erreichen, die ganze Opferbereitschaft nicht nur der Gemeinde, sondern auch der altkatholischen Kirche in und außerhalb unseres Vaterlandes aufrufen müssen. Mit Vertrauen wenden wir uns gleichfalls an unsere evangelischen Mitbrüder. Sie werden nicht vergessen, daß wir in Jesu Christo mit ihnen eintreten für die Anbetung Gottes im Geiste und in der Wahrheit, zugleich auch für die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes von Rom.

Wir sehen zur Verfüzung R. 15.115. Der Anfang ist daher gemacht. Wir bitten alle (Alt)katholischen und Freunde unserer Sache, ihre Zuwendungen zu dem Kölner (alt)katholischen Kirchenbau unserm Rechnung, Herrn Franz Schmieding, Köln, Hohenzollernring Nr. 77, senden zu wollen. Quittung wird im „Deutschen Reiter“ zu München und im „(Alt)katholischen Volksblatt“ zu Bonn erteilt.

Köln (Rhein), Hohenzollernring 28.

Der Kirchen-Vorstand  
i. A. dessen Vorsitzender:  
H. Bommer, Pfarrer.

### Vom 2.-4. Mai d. J. erste Ziehung der XVI. Weimar-Lotterie

1 Mk. kostet das Loos, gültig für zwei Ziehungen.

10,000 Gewinnen i. W. v. 200,000 Mk.

Haupt-Gewinne: W. 20,000 Mk., 10,000 Mk. u. s. W.

Loose gültig für zwei Ziehungen für 1 Mk., 25 „ „ 25 „ „

Auf 10 Loose 1 Freiloose. Auf 25 Loose 3 Freiloose.

(Porto und Liste 25 Pfg.) sind allerorts zu haben in den durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen und durch die Hauptagentur Carl Götz, Lederhandlung, Karlsruhe i. B., Hebelstraße 15.

Schutz Marke.

## Gerolsteiner Sprudel

Tafelgetränk I. Ranges.

Preisgekrönt auf allen beschickten Ausstellungen.

Arztlichersits empfohlen als wohltuendes Getränk bei Magensüure, Blasen- und Nierenleiden.

Haupt-Depot:  
**Bahn & Bassler, Karlsruhe.**

Bureau: Köln, Kaiser-Wilhelm-Ring 14.

Automat. Massenfänger für Netze... 4 Markt... 3 Markt... 2 Markt... 1 Markt... fangen inwendig ohne Benützung... 20 bis 30 Stiele in einer Nacht... hinterlassen keine Witterung... stellen sich von selbst wieder... Eclipse... beste... 1000 Stück... 1000 Stück... 1000 Stück... Feith's Neuheiten-Vertrieb, Berlin C., Seebeth. 5.

Alterthümliche Möbel, Spiegel, Lustre und Dekorationsgegenstände in den verschiedensten Stilarten 1855-1911 zu annehmbaren Preisen.

## J. L. Distelhorst,

Karlsruhe i. B., Waldstraße 32.

Aus Massee und aus Privatbesitz erworben. Ursprung, italienischen, niederländischen, Photographien und Diensten.

### Ohne Concurrrenz!

Echte Brasil-Cigarren mit Sumatra-Deckblatt, ganz ausgeglichen im Geschmack, höchstes Aroma, schmecker Brand, 1000 Stück für R. 48.-, 1000 Stück für R. 5.30, 20 Stück für R. 1.50.

### Echte Havana-Cigarren

mit Borneo-Deckblatt, im Geschmack im Aroma so fein wie leichte Havana-Zigarren. 1000 Stück für R. 7.50, 100 Stück für R. 1.50, 18 Stück für R. 1.80, 1897.-3 Germ. Frisch, Bremen.

### Johannes Neumann, Karlsruhe i. Baden,

Karlsruherstraße 19, neben der Gewerbehalle, empfiehlt als Spezialität sein reichhaltiges Lager von Dienst- und Gala-Waffen für Offiziere und Beamte in elegantester Ausführung mit besten Zylinder Rängen.

Besonders extra leichte mit Alum.-Broncebeschlägen, Epaulettés, Hüftstücke, Schärpen, Portepes, Bando-liere, Koppel, Bänder, Binden, Handschuhe, Offizier-Koffer und Tornister, Sporen, Stiefelriemen etc.

### Offizier-Armeerevolver und Selbstschär

(eingeschossen und genau nach Ordnung) in Normalgröße und in miniature, Erbsenbüchsen, Revolver, Pistolen, Spangens 1870/71 etc.

### Orden Umtausch alter gegen tadellos neue

unter künftigen Bedingungen. Preislisten auf Wunsch gratis. 904.-6 Meine Firma besteht nur allein in Karlsruhe i. B.

### Alle soliden Herren-

Cheviots, Kammgarn etc. w. von den einfachsten bis zu den feinsten liefern zu Fabrikpreisen.

## Wilkes & Cie, Aachener Tneh-Industrie, Aachen 8.

Bitte genau zu adressieren. Muster franco.

Direkt Bezugs vom Fabrikort Aachen, berühmt durch seine guten Tneh- Hervorragende Spezialität: Monopol-Cheviot, Waaren ohne Concurrrenz! schwarz, blau oder braun, 3/4 Meter zu einem gediegenen Anzuge für 10 Mark. 405.32

### Vortheilhafte Capital-Anlagen

zu 6-10% pro anno bietet die in grossartiger Entwicklung begriffene

## Goldminen-Industrie.

Sachgemässe Informationen erteilen Schöber & Dönitz, Bankgeschäft, Dresden.

### Druck und Verlag von Otto Reuß, Badstraße Nr. 10 in Karlsruhe.

### Alle Sorten Ruhrkohlen

Nuss- u. Magerwürfel-Kohlen (Anthracit) Braunkohlen-Briketts, Marke GR

### Coks, Holzkohlen, Saarkohlen.

### Brennholz:

Buchen, Tannen- und Schwartenholz 992.- empfindlich billigst

Lager in Louis Krutz, Lager in Marau. Kontor: Waldstraße 44. Karlsruhe.

### Neu! Spazierstock mit Musik Neu!

Eleganter Stock mit Metallknopf, worauf jeder sofort die schönsten Melodien spielen kann. Herrliche Reueit, schön für Zimmermusik und Landpartien, à Stück nur R. 3.50 gegen Nachnahme. O. Kirberg, Düsseldorf a. Rh. Wer die Annonce einfindet, erhält obigen Stock für nur 3 Mark bei Vorbestellung in Briefmarken. 1878.8.7

### Carl Schaller, Karlsruhe, Erbprinzenstrasse 38,

Chines. Theehandlung, Specialgeschäft.

Muster u. Preisliste bitte verlangen. per 1/2 Pfd. M. 2.50, 2.80, 3.00, 3.20, 3.50, 3.80 u. s. w. Bei Abnahme von 3 Pfd. aus Preisermässigung.

Thees in Originalpackung aus Russland und England. Theeserthei „Mikado“, kein Ungleiches mehr des „Neuheit“, Thees durch Seiber in andere Kannen, à M. 1.- u. 1.25.

### Hotel Offenburger Hof in Offenburg

neben der Reichspost, 2 Minuten vom Bahnhof. Neu erbaut und neu eingerichtet Albert Mayer, Eigentümer. früher Richter v. „Rechtlichen Hof“.

### Wachstuche, Ledertuche, Gummidecken, Tischläufer, Wandschoner

empfehlen in großer Auswahl zu billigsten Preisen.

## W. Müllejan Nachf., Karlsruhe,

124 a Kaiserstr. 124 a, Tapeten-Fabrik-Lager, 124 a Kaiserstr. 124 a.

### Bauplatz zu verkaufen.

Unter, Ecke der Karl- und Hauptstraße gelegenes Grundstück mit Arbeiterwohnungen von circa 123.5 Meter Länge und 40 Meter Breite bestmöglichsten mit, bei günstigem Gebote zu verkaufen. Reflektanten bitten wir um schriftliche Offerte.

## Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe.

### Gesucht

für versch. Beamten freundliche Wohnung von 2-3 Zimmern nebst Zubehör und Garten im südl. Schwarzwald. Gef. Offerten an A. Dehlinger, Reudorf-Strasbourg i. G. 1841.1. Suche tüchtigen 1719.4.3

### Reisenden,

in der Branche bewandert.

## Max Wenk

Offenburg, Colonialwaaren En-gros. Event. kann auch ein Magazinier eintreten.

### Gärtner-Gesuch

1822.2.2 Ich suche einen durchaus tüchtigen, nur mit besten Zeugnissen ausgestatteteten und in allen Gartenarbeiten erfahrenen Gärtner für selbstständige Stellung.

Freiburg i. B., Villa Wilgama, 12. April 1896.

### Dr. Oscar Görger.

Offene Stellen befehligt und vergibt auf allen Gebieten der Industrie und Technik, Kunst und Wissenschaft, Handel u. Gewerbe, Fortw. u. Landwirthschaft etc.

## Jungeur-Vertrieb International. Central-Bureau für Industrie und Technik, Frankfurt a. M. S.

Durch weitverbreitete Verbindungen das erste Institut dieser Art. Keine Nachnahme. Man verlange unter Beifügung von Rückporto Prospekte gratis und franko. Prinzipale telefonirt. 906.23.16

### Möbelschreiner gesucht

auf seine Recorarbeit bei 1857.4.1

## Gehr. Himmelheber

Möbelfabrik, Karlsruhe.

### Junger Mann,

militärisch, in ungeklärter Stellung, mit Colonial-, Kurz- u. Glaswaaren-Vertrieb vollständig vertraut, sucht pr. 15. 6. od. 1.7. antwortlich Engagement an liebsten Reiseposten od. sonst dauernde Stellung. Gef. Offerten an die Expedition d. Bl. erbeten unter

1843.2.1

### Karlsruhe.

### Reichshallen-Theater.

Marienstrasse 16. Direction Götzle. Mittwoch, den 22. April, Lustspielabend.

### Das Singvögelehen.

Singspiel in 2 Akten von Jakobien. Vorber

## Kalt gestell.

Poste in 2 Akten von Hürche. Näheres Katalog. 1842

### Das Singvögelehen.

Singspiel in 2 Akten von Jakobien. Vorber

## Kalt gestell.

Poste in 2 Akten von Hürche. Näheres Katalog. 1842